

Region  
bundesweit  
Nielsen

Verlag  
Rheinischer Merkur GmbH

Heinrich-Brüning-Str. 9  
53113 Bonn  
Tel.: 0228/884-0  
Fax: 0228/884-199

Interne Pub.-Nr.: 301600

# Nicht schön, aber beliebt

**BUNDESBANK** Seit Gründung des Instituts vor fünfzig Jahren legen sich die Stabilitätshüter vom Main regelmäßig mit der Politik an

Von Stefan Deges

Die Macht ist schon vor acht Jahren gegangen. Geblieben ist ein 54 Meter hohes Mahmal aus Beton, das nicht so recht in die Glamourwelt der Frankfurter Großbanken passen will. Doch ausgerechnet hinter der monströsen Fassade an der Wilhelm-Epstein-Straße 14 residiert einst die einflussreichste europäische Finanzorganisation überhaupt. „Wenn Direktoren der Bundesbank auch nur mit der Wimper zucken, dann erzeugt das Erschütterungen auf den Kapitalmärkten über ganz Europa hinweg, ohne dass wir auch nur die geringste Möglichkeit zur Einflussnahme hätten“, beklagte der ehemalige dänische Wirtschaftsminister Anders Fogh Rasmussen 1991.

Jeden zweiten Donnerstag greift Axel Weber nach den Rudimenten dieser Macht. Der Präsident der Bundesbank fährt hinüber ins Zentrum, wo der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) über den Leitzins in der Eurozone entscheidet. Weber darf ebenso abstimmen wie die anderen zwölf Notenbankchefs der Eurozone und die sechs geschäftsführenden Direktoren der EZB. „Wir bringen unsere 50-jährige Stabilitätsgeschichte wirksam in das Eurosystem ein“, sagt der ehemalige Wirtschaftsweisen, um Zweifel an der Bedeutung der Bundesbank erst gar nicht aufkommen zu lassen. „Wir gestalten den Währungsraum aktiv mit. Es sind die nationalen Notenbanken, die EZB-Entscheidungen umsetzen.“

Die Bundesbank ist durch die Einführung des Euro keineswegs überflüssig geworden. Neben ihrer Rolle, die sie in der EZB-Geldpolitik spielt, überwacht sie die Bankenlandschaft, die sie auch mit Geld versorgt. Außerdem vertritt sie die Bundesrepublik in internationalen Gremien wie dem IWF und der G8. Sie erhebt wirtschaftliche Statistiken und dient dem Staat als Hausbank. Sie verwaltet 3423 Tonnen Gold im Wert von 53 Milliarden Euro und Devisenreserven für rund 86 Milliarden Euro.

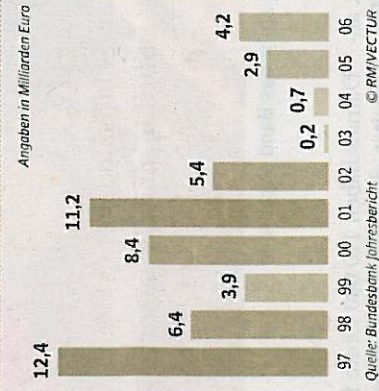
Doch sie ist seit 1999 eben nur noch eine Zentralbank unter vielen. „Früher entschied die Bundesbank im Alleingang, und alle anderen europäischen Notenbanken haben mitgezogen“, sagt Volker Wieland, Professor für Geldpolitik an der Universität Frankfurt.

„Heute muss der Bundesbankvertreter alle anderen EZB-Ratsmitglieder überzeugen.“

Am 1. August vor 50 Jahren wurde der Stabilitätshort am Main gegründet. Doch pünktlich zum Auftakt der Feierlichkeiten, die in Frankfurt und auch in den neun Städten der Hauptverwaltungsgen stattfinden, droht die Bank aus dem Takt zu kommen. „Die EZB hat einen professionellen Apparat mit ausgewiesenen Experten hochgezogen. Um da mithalten zu können, muss die Bundesbank trotz aller Sparanstrengungen eine offensive, international orientierte Personalpolitik verfolgen“, sagt Wieland. Denn innerhalb der EZB tagen viele Arbeitsgruppen, in denen der Einfluss der Bundesbank von der Qualifikation ihrer Vertreter abhängt.

Doch bei der Personalstrategie sind Weber die Hände gebunden. Denn erstens buhlt die EZB dank deutlich höherer Gehälter erfolgreich um die besten Hochschulabsolventen. Und zweitens ist die Bundesbank gezwungen, den Personalstamm zu kürzen. So wie die Bundesbank von der Politik ewig neue Reformen fordert, zwingt die Politik nun die Bank ihrerseits zum Umbau. Von den 202 Filialen, die 1991 für die Bargeldabwicklung zuständig waren, sind derzeit noch 58 übrig. Elf weitere schließen in einem Monat. Die Landeszentralbanken wurden entmachtet, ihre Zahl auf neun reduziert. Wenn der Umbau 2012 abgeschlossen sein wird, arbeiten nur noch 9000 Menschen für die Bundesbank. 2001 waren es noch 14.800. Für die jungen Stars der geldpolitischen Szene bleibt da wenig Platz. Nur 30 Neueinstellungen gab es im ersten Halbjahr 2007.

## Gewinn der Bank



Trist: Der Sitz der Bundesbank befindet sich seit 1972 in diesem Betonklotz nördlich der Frankfurter Innenstadt.

FOTO: DPA

Das hat sich bewährt. In den Siebziger- und Achtzigerjahren etwa, als überall in Europa die Inflation einschlug, gelang es einzig der Bundesbank, den Preisanstieg umgehend einzudämmen. „Das war eine einzigartige Leistung. Das Ausland hat dafür viele Jahre gebraucht“, meint Wirtschaftspräsident Wieland. Während die Politik Zinsenkürzungen forderte, gab die Bank der Preisstabilität Vorrang. „Eine starke Währung verlangt Maßnahmen, die Politikern kurzfristig als nicht günstig für ihre Wiederwahl erscheinen“, sagte Karl Klusen, damals Bundesbankpräsident. „Dieselben Probleme wird es auch in Zukunft geben.“

Natürlich hatte er recht. Regelmäßig wollten Finanzminister an den Goldschatz, gelegentlich forderten sie auch teure Interventionen am Devisenreservenmarkt, um den Wechselkurs in politisch angenehmere Richtung zu drehen, und das Klagen über zu hohe Zinsen gehörte zum Regierungsgeschäft. Wie aber reagierte das Haus am Main? „Mit der Bundesbank ist es wie mit Stlesgahne: Je mehr man sie schlägt, desto fester wird sie“, sagte Wim Duisenberg in den 1990er-Jahren, als er noch nicht erster EZB-Präsident war.

Derlei Hartnäckigkeit empfiehlt für neue Aufgaben. Einen entsprechenden Vorschlag äußerte NRW-Finanzminister

Dabei müsste sich die Regierung über eine starke Bundesbank eigentlich freuen. 2006 warf sie 4,2 Milliarden Euro an Gewinn ab (siehe Grafik). Dennoch geht der Finanzminister auf Konfrontationskurs und rüttelt sogar an der Unabhängigkeit der Bank. Bislang nämlich prüft sie die Geschäftsberichte der 3117 Finanzinstitute in Deutschland. Sie teilt sich die Bankenkontrolle mit der Bonner Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), die allerdings unter der Aufsicht des Finanzministeriums steht. Steinbrück will diese Rechts- und Fachaufsicht auf die Bundesbank ausdehnen. „Das hieße, Feuer zu legen an eine der wichtigsten und verdienstesten Institutionen der Bundesrepublik“, wertet Bayerns Finanzminister Kurt Falthausen, der damit nicht allein steht.

Derlei Streit zwischen Bundesbank und Regierung reicht bis in die Gründungsphase der Zentralbank zurück. Bereits Konrad Adenauer hätte seinen Einfluss auf die Organisation gern ausgedehnt. „Eine unabhängige Bundesbank ist niemandem, nicht mal dem Parlament gegenüber verantwortlich“, warnte der Kanzler. Doch nach den Erfahrungen mit der Reichsbank, die zwei Kriege und das Naziregime finanziert hatte, fand der Unabhängigkeitsgrundsatz Einzug ins Bundesbank-Gesetz.

ter Helmut Linszen kürzlich im Rheinischen Merkur: Er fordert einen nationalen Stabilitätspakt, um den Staat aus der Schuldenspirale zu führen. „Dafür brauchen wir ein Gremium, das die Etatkontrolle vornimmt und frühzeitig Alarm meldet, wenn die Zahlen einzelner Bundesländer aus dem Ruder laufen“, sagte Linszen. Geeigneter Kandidat laut Linszen: die Bundesbank. Ökonom Wieland würde es lieber sehen, wenn die Bundesbank zu einem „Think-Tank für Deutschland“ ausgebaut wird. „Sie könnte die Bundesregierung in Fragen der Wirtschaftspolitik beraten“, sagt er, „die US-Notenbank macht dies auch.“

Vielleicht aber kommt es auch so, wie der Ex-Bankpräsident Karl Otto Pöhl befürchtet: „Die Existenz der Europäischen Währungsunion ist keineswegs auf Dauer gesichert.“ Länder wie Italien oder Frankreich könnten versuchen, wenn die Zinspolitik permanent zu ihren Lasten geht. Vor allem aber: „Eine Währungsunion setzt voraus, dass die teilnehmenden Länder bereit sind, auch eine politische Union zu werden“, sagt Pöhl. Ansonsten drohen die Währungsunion auseinanderbrechen. Dann bräuchten die Deutschen erst recht wieder ihre Bundesbank. Und die Macht zöge wieder in den Frankfurter Betonbunker ein.